



Beschendorf, 27.05.2013

Lars Winter

### **Der Landrat sollte Inklusion unterstützen, statt sie zu bremsen!**

Zur Pressemitteilung von Landrat Sager vom 26. Mai zur Schulischen Assistenz erklären die SPD-Landtagsabgeordneten aus Ostholstein Regina Poersch, Sandra Redmann und Lars Winter:

Dass sich das Land und die Schulträger vor wenigen Tagen auf ein Modell für die künftigen Schulassistenten verständigt haben, ist eine gute Nachricht für alle, denen etwas daran liegt, die Inklusion an unseren Schulen zum Erfolg zu machen. Die Schulassistentinnen und -assistenten werden künftig die Lehrkräfte in den Klassen und bei Aktivitäten außerhalb des Klassenraumes dabei unterstützen, dass Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf erfolgreich Regelschulen besuchen können. Ihre Arbeit ergänzt sich mit der der Schulbegleiter, die gemäß der Sozialgesetzgebung dem einzelnen Schüler zugeordnet sind.

Landrat Sager warnt nun in seiner Pressemitteilung vor einem „Chaos an den Schulen“ beim Einsatz von Schulassistenten. Dabei vergisst Herr Sager zu erwähnen, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender des Landkreistages ein wesentlicher Teil des Problems ist. Denn die Kreise haben sich in den Gesprächen mit dem Land mehrheitlich geweigert, die Anstellung der Schulassistenten zu organisieren. Hier haben parteipolitische Motive offenbar eine Rolle gespielt, denn die CDU-Landtagsfraktion stellt den Sinn der Schulassistenten ebenfalls in Frage. Herr Sager sollte an seine Bürgerinnen und Bürger und an die Lösung ihrer Probleme denken und nicht an kurzfristige taktische Interessen seiner Partei.

Die Küstenkoalition ist sich einig, dass Schulassistenten ein gutes und sehr geeignetes Instrument für die flexible Unterstützung der Schulen darstellt. Nunmehr ist auch geregelt, wie der Einsatz der Schulassistenten erfolgen kann. Die Schulträger, die bereit sind die Schulassistenten anzustellen, tun dies oder beauftragen freie Träger. Das Land übernimmt dafür die Kosten. 7,6 Mio. Euro stehen dafür für August bis Dezember 2015 und je 13,2 Mio. Euro für die kommenden Jahren zur Verfügung. Wo sich eine Umsetzung über die Schulträger nicht sicherstellen lässt, wird das Land übergangsweise die Schulassistenten anstellen. Somit ist Zeit gewonnen, eine abschließende Regelung zu finden, ohne dass die Kinder mit Förderbedarf zu Beginn des neuen Schuljahres auf Schulassistenten verzichten müssen.